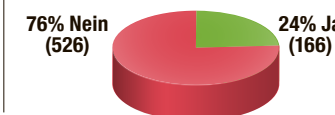


## Frage des Tages

**Braucht es eine gemässigtere Vorlage zur Prämienverbilligung?**

Trotz grösster Prämienbelastung haben die Baselbieter die SP-Initiative abgelehnt. Braucht es eine neue Vorlage? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von Samstag:  
**Befürworten Sie im Grosse Rat ein Stellvertretersystem?**



# Jubel bei den «Volta Nord»-Anhängern

Stimmvolk schafft Platz für Überbauung mit bis zu 2000 Wohnungen auf Lysbüchel-Areal

Von Franziska Laur

**Basel.** Freudenrufe auf der linken Seite des Foyers im Basler Rathaus, betretenes Schweigen auf der rechten. Die SP, das Grüne Bündnis und die LDP hatten Gewichtiges zu feiern: Das Basler Stimmvolk hat gestern mit über 60 Prozent klar Ja zum Bebauungsplan Volta Nord gesagt. Damit ist der Weg frei, um auf diesem Areal, auch Lysbüchel genannt, bis zu 2000 Wohnungen zu erstellen. Rund ein Drittel davon sollen Genossenschaftswohnungen werden. FDP, SVP und die Gewerbevertreter hatten sich dagegengestellt.

«Für mich ist das die wichtigste Abstimmung in dieser Legislatur», sagt Baudirektor Hans-Peter Wessels. Das Stimmvolk habe sich ganz klar gegen Stillstand und für Weiterentwicklung der Stadt ausgesprochen. «Das freut mich vor allem für diejenigen, die günstigen Wohnraum benötigen, jedoch auch für das Gewerbe.»

### SBB als Eierlegende Wollmilchsaue

Dass der Entscheid ein Gewinn für das Gewerbe wird, bezweifelt Gewerbeverbanddirektor Gabriel Barell, der dafür gekämpft hat, dass dieses Areal dem Gewerbe erhalten bleibt und nicht mit Wohnen vermischt wird. «Ich bin enttäuscht, definitiv», sagt er. Doch es sei von Beginn weg ein Kampf von David gegen Goliath gewesen. Schliesslich seien die SBB der «zweitgrösste Immobilien-Titan» der Schweiz.

Sie hätten mit Versprechungen nicht gespart. So etwa, mehr Platz für die Bevölkerung wie für das Gewerbe zu schaffen. «Quasi die Eierlegende Wollmilchsaue.» Jetzt gehe es darum, die SBB beim Wort zu nehmen, sodass auch im nördlichen Teil des Volta Nord emissionsintensiveres Gewerbe seinen Platz finde. Ausserdem müsse jetzt endlich eine Gesamtplanung für die ganze Stadt erstellt und dürfe nicht einfach planlos drauflosgebaut werden.

Auch Luca Urgese, Präsident der FDP, zeigt sich enttäuscht. «Das Lysbü-



**Freude herrscht.** René Brigger, Beat Leuthardt, Hans-Peter Wessels und Benjamin Plüss sind zufrieden. Foto Pino Covino

chel-Areal kennen nicht viele Leute», sagt er. Da habe man eher Ja stimmen können. Doch er räumt ein: «Es ist uns nicht gelungen, die Not des Gewerbes nach einem zusammenhängenden Areal aufzuzeigen.»

### Befürworter hatten LDP im Boot

Wie ein Maikäfer strahlte René Brigger (SP), Vize-Präsident der Wohnbau-genossenschaften Nordwestschweiz. Er hatte an vorderster Front für ein Ja zur Überbauung gekämpft. «Dieses klare Resultat ist ein wichtiges Zeichen für Basel», sagt er. Das Stimmvolk habe ein klares Zeichen für mehr bezahlbare Wohnungen gesetzt. Die Linken hatten im Kampf um das Lysbüchel einen wichtigen Mann an ihrer Seite, und zwar Jeremy Stephenson (LDP), Präsident der grossrätlichen Bau- und Raumplanungskommission. Das war schon

die halbe Miete, denn dass SVP und FDP die Liberalen nicht auf ihre Seite ziehen konnten, war ein entscheidender Schwachpunkt.

«Es ist wichtig, dass die Genossenschaften einen Teil des Wohnraums abdecken. Immerhin ist die Leerstandsquote mit 0,7 Prozent historisch tief», begründet Stephenson sein Engagement im Einklang mit den Linken. Erst wenn rund 1,5 Prozent der auf dem Markt angebotenen Mietwohnungen leer stehen, spricht man von einem ausgewogenen Nutzer-Anbieter-Verhältnis.

Doch wird es tatsächlich, wie versprochen, günstige Wohnungen geben? «Selbstverständlich! Mindestens ein Drittel ist für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert», sagt Wessels. Jetzt könne man vorwärtskommen. Der Umbau eines bestehenden Gebäudes zu einem Schulhaus sei schon

im Gange, nebenan würde nun noch ein Park geschaffen. Auch die Habitat sei im Süden am Bauen und die SBB seien am Sanieren des Bodens.

Die SBB sind eigentlich der wichtigste Player im ganzen Spiel. Immerhin gehört ihnen der grösste Teil des Landes, um das es bei dieser Abstimmung ging. Anja Krasselt, SBB-Projektleiterin Volta Nord, liess es sich gestern denn auch nicht nehmen, um 12 Uhr ins Rathaus zu kommen, um die Resultate aus erster Hand zu erfahren. «Wir sind erfreut», sagt sie. Nun könne man gemeinsam mit Basel-Stadt und der Bevölkerung die Projekte vorantreiben.

Die SBB argumentieren auch, dass man so das Potenzial des Lysbüchel-Areals besser ausschöpfen könne. Der Bebauungsplan mit Grünräumen und Parkanlagen erhöhe die Aufenthaltsqualität deutlich.

## Kommentar

### Eine Stadt baut sich radikal um

Von Franziska Laur

Es war eine rekordhohe Stimmbeteiligung von fast 58 Prozent und es gab ein deutliches Ja von 61 Prozent für den Bebauungsplan



Volta Nord. Die Basler wollen also mehr Wohnraum, doch sie übersehen, dass die Stadt unter ihren saten, zufriedenen Hintern radikal umgebaut wird. Irgendwann werden sie aufwachen und sie nicht wiedererkennen. Das ganze Klybeck ist im Wandel, der Wolf soll mit Wohnraum bestückt werden, das Hafenaerial ebenso wie das Migros-Areal auf dem Dreispitz, wo Türme entstehen sollen. Auf dem Felix-Platter-Areal sind die Baugenossenschaften dabei, 500 Wohnungen zu erstellen, die Erlennmatt ist beinahe fertig.

Die materielle Lage Basels ist durch die Pharmaindustrie komfortabel gepolstert. So sehr, dass der Blick für die Bedürfnisse von Handel und Wandel, für die Härte der wirtschaftlichen Realität verloren geht.

Möglich, dass das Schlaraffenland noch jahrzehntelang besteht. Möglich jedoch auch, dass die Pharma eines Tages nicht mehr Milch, Honig und fette Braten liefert, sondern Arbeitsplätze abgezogen werden und weniger Wohnungen gebraucht wird. In diesem Moment dürfte die Regierung das stadteigene Gewerbe wieder mehr hofieren als heute. Doch dann dürfte es zu spät sein.

franziska.laur@baz.ch

# Das Baselbiet bleibt bei der moderaten Anhebung

Die Prämien-Initiative der Sozialdemokraten wird mit einer Mehrheit von 54,45 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Die Stimmberechtigten im Kanton Baselland haben die Prämien-Initiative mit einem Nein-Anteil von 54,45 Prozent abgelehnt. Damit bleibt es bei der von der Regierung in die Wege geleiteten moderaten Anhebung der Prämiensubventionen, die den Kanton zwölf Millionen Franken kostet. «Das Volk will kein übertriebenes Kostenwachstum», meinte gestern Finanzdirektor Anton Lauber mit Blick auf die 75 Millionen Franken, für die der Kanton bei einer Annahme der Initiative hätte aufkommen müssen.

72 der 86 Baselbieter Gemeinden haben die Initiative abgelehnt, zum Teil mit hohen Nein-Mehrheiten. Die meisten Gegner verzeichneten die Initianten in Lauwil (69 Prozent), Hemmiken (65,85 Prozent) und Pfeffingen (65,28 Prozent). Die höchsten Ja-Mehrheiten wurden auf der anderen Seite in Nenzlingen (58,54 Prozent), Birsfelden (57,74 Prozent) und Dittingen (55 Prozent) verzeichnet.

### Ja-Mehrheit in Pratteln

Die einzelnen Regionen des Baselbiets verzeichneten ähnliche Resultate. Insgesamt kann festgestellt werden, dass in Gemeinden mit hoher Steuerkraft tendenziell höhere Nein-Mehrheiten resultierten. Die grossen Gemeinden des Baselbiets lagen fast alle nahe beim kantonalen Mittel. So stimmte etwa Allschwil mit 52,21 Prozent gegen die Initiative, Reinach mit 54,81 Prozent und Muttenz mit 53,82 Prozent. Ganz anders war das Resultat in Pratteln, das der Initiative mit 53,94 Prozent zustimmte.

Finanzdirektor Lauber räumte gestern ein, dass der fortlaufende Anstieg der Krankenkassenprämien von der Bevölkerung als Problem wahrgenommen werde. Andererseits sei aber auch erkannt worden, dass schwarze Zahlen im Kantonshaushalt eine Grundlage für einen zuverlässigen Staat seien. Die Erhöhung der Subventionsbeiträge um insgesamt zwölf Millionen Franken, welche die Regierung beschlossen hat, seien zu verantworten. «Wir machen, was wir uns

leisten können», meinte Lauber. Es sei eben so, dass der Kanton in schlechten Zeiten den Gürtel enger schnalle, in besseren aber auch Mittel mit entsprechender Wirkung sprechen könne.

### Zu viel gewollt

Die Initianten hätten zu viel gewollt – und mit der Deckelung bei zehn Prozent des Einkommens auch einen Automatismus verlangt, der nicht verantwortet werden könne. Lauber: «Das Volk hat clever entschieden.»

Enttäuscht waren gestern die Verlierer, die einen Abstimmungskampf mit viel persönlichem Einsatz geleistet hatten. SP-Präsident Adil Koller sagte, er und seine Parteifreunde seien seit Oktober jeden Samstag auf der Strasse gewesen, um mit der Bevölkerung zu sprechen. Es sei eindrücklich gewesen, dass viele Bezüger von Prämienverbilligungen den Einsatz zu schätzen wussten – keineswegs nur Sympathisanten der SP. Das Problem sei nicht gelöst und der Druck gegen die Kosten-

steigerung bleibe hoch. Koller räumte indes ein, dass die SP mit ihrer Initiative, wie es jetzt das Abstimmungsergebnis gezeigt habe, zu viel gewollt habe. «Wir wollten mit den Verbilligungen auch die Familien des unteren Mittelstandes erreichen», sagte er, denn Prämienverbilligungen dürften nicht bloss ein Almosen sein. Im Vordergrund stehe jetzt eine Bundeslösung. Die Kantone würden sich allzu oft zurückziehen und die notwendige Unterstützung verweigern.



**Keine neuen roten Zahlen.** Anton Lauber ist erleichtert. Foto Dominik Plüss

## Kommentar

### Gegen Subventionen auf Pump

Von Thomas Dähler

Mit ihrer Prämien-Initiative hat die SP jenen einen Bärendienst erwiesen, die unter der Last der steigenden Prämien am meisten leiden. Mit ihrer übertriebenen Forderung nach Subventionsgeldern für Prämienzahler bis weit in den Mittelstand erlitten die Sozialdemokraten zu Recht eine schmerzliche Niederlage. Zu hastig wurde das Volksbegehren einst lanciert – ohne auch nur Gedanken dafür zu verwenden, wie die zusätzlichen Subventionen finanziert werden könnten oder wer tatsächlich mit den Krankenkassenprämien nicht mehr klarkommt. Das Stimmvolk hat sich nicht beirren las-

sen und am Abstimmungswochenende verhindert, dass der Kanton Baselland bereits wieder in die roten Zahlen abgleitet. Sicher: Die zu schnell wachsenden Gesundheitskosten sind ein Problem. Doch mit blossen Geschenken aus der Kantonskasse lässt sich das Problem nicht lösen. Die Bevölkerung weiss, dass gesunde Kantonsfinanzen Voraussetzung dafür sind, dass der Staat seine Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen kann. Ob bei Sozialleistungen, bei der Bildung oder beim Service public allgemein: Für höhere Staatsausgaben nur auf Pump ist die Bevölkerung nicht zu gewinnen. [thomas.daehler@baz.ch](mailto:thomas.daehler@baz.ch)

ANZEIGE

**A PASSIONATA**  
Der magische Traum

23.3.+24.3.2019  
**BASEL ST. JAKOBSHALLE**  
23.3.: 15.00 + 20.00 Uhr / 24.3.: 13.00 Uhr

**telebasel** [www.apassionata.show](http://www.apassionata.show) **Basler Zeitung**

act ENTERTAINMENT LIVE NATION ticketcorner.ch Tickets und Infos: [WWW.ACTNEWS.CH](http://WWW.ACTNEWS.CH)